

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/036(VII)/22			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag, 20.10.2022	Franckesaal	17:00 Uhr	19:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.09.2022
- 4 Haushaltsplan 2023 DS0441/22
- 5 Aufhebung von Beschlussfassungen zu
Gewässerunterhaltungskosten DS0463/22
- 6 Barrierefreier Livestream der Stadtratssitzungen DS0488/22
- 7 MelderApp A0113/22
- 7.1 MelderApp S0284/22

8	Den ÖPNV in Magdeburg erfolgreich in die Zukunft führen	A0120/22
8.1	Den ÖPNV in Magdeburg erfolgreich in die Zukunft führen	S0277/22
9	Mobiler Hochwasserschutz für Magdeburg – EU-Förderung für AquaWand nutzen	A0151/22
9.1	Mobiler Hochwasserschutz für Magdeburg – EU-Förderung für AquaWand nutzen	S0322/22
10	Spiel- und Freizeitfläche für Ostelbien	A0175/22
10.1	Spiel- und Freizeitfläche für Ostelbien	S0313/22
11	Verschiedenes	

Anwesend:**Vorsitzende/r**

Norman Belas

Mitglieder des Gremiums

Hagen Kohl

Olaf Meister

Hans-Joachim Mewes

Tim Rohne

Roland Zander

Sachkundige Einwohner/innen

Armin Minkner

Bernhard Sterz

Frank Stiele

Geschäftsführung

Britta Becker

Abwesend:**Mitglieder des Gremiums**

Carola Schumann

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträtinnen und Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 8 A0120/22 wird von der Tagesordnung genommen, da die einbringende Fraktion den Antrag zurückgezogen hat.

Die so geänderte Tagesordnung wird von den Ausschussmitgliedern angenommen.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 22.09.2022

Über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 22.09.2022 wird wie folgt abgestimmt:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

4. Haushaltsplan 2023
Vorlage: DS0441/22

Frau Holfeld, FB 02, macht anhand einer Präsentation Ausführungen zum gesamtstädtischen Haushaltsplan 2023.

Herr Klemm, Dez. I, stellt ebenfalls anhand einer Präsentation den Haushalt 2023 für das Dezernat I vor.

Herr Mewes bedankt sich bei der Verwaltung für die Einbringung des Haushaltsplanes 2023. Er bittet darum, dass ihm bis 21.10.2022, 12.00 Uhr, die Präsentation der Verwaltung zugesandt wird. Er fragt nach, was eigentlich passiert, wenn der Haushalt 2023 nicht genehmigt wird.

Frau Holfeld äußert, dass das Landesverwaltungsamt die Genehmigung nur versagen kann, wenn die Stadt überhaupt kein Geld mehr hat.

Herr Sterz fragt nach, ob bei dem Neubau der Leitstelle Nord die Zusammenarbeit mit den Landkreis Börde berücksichtigt wurde.

Herr Seitter, Amt 37, informiert, dass bislang die Zusage von 2 Landkreisen vorliegt. Bei der Erarbeitung der Drucksache lagen die Zusagen noch nicht vor. Demzufolge wurde dies auch nicht berücksichtigt.

Herr Sterz äußert, dass die Drucksache 11,4 Mio EUR mehr Steuern ausweist. Lt. BG II handelt es sich hierbei um eine risikobehaftete Summe.

Frau Holfeld informiert, dass die Steuerschätzung auf der des Landes vom Mai diesen Jahres beruht. Es wird in jedem Jahr so verfahren. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit handelt es sich hier nicht um einen Risikofaktor. Ende Oktober/Anfang November wird es eine zweite Steuerschätzung geben. Wie diese ausfällt, kann sie nicht sagen.

Herr Rohne informiert von der letzten Aufsichtsratssitzung der MVB. Danach weist der Wirtschaftsplan der MVB andere Zahlen aus, als heute von der Verwaltung vorgestellt. Er bittet die Verwaltung um eine Prüfung.

Herr Zander fragt nach, ob die neue Entschädigungssatzung bereits eingearbeitet wurde. Weiterhin fragt er nach, wie hoch die Summe zur Anmietung von Plätzen für Hunde ist und wie hoch die Einnahmen der Blitzgeräte und gelöste Parkscheine sind.

Herr Klemm informiert, dass die Bußgelder für den fließenden Verkehr 2,03 Mio EUR und für den ruhenden Verkehr 1,68 Mio EUR betragen. Die Zahlen für gelöste Parkscheine reicht er nach.

Herr Ehlenberger, FB 32, äußert, dass die Summe für die Anmietung von Plätzen für Hunde ebenfalls nachgereicht wird.

Herr Minkner hat Fragen zu den Personalaufwendungen, u.a. hält er die Summe für den Stufenaufstieg für zu hoch.

Hierzu erfolgt durch die Verwaltung eine Anlage zur Niederschrift.

Herr Kohl äußert, dass Verdi eine Tarifierhöhung von 10 % angekündigt hat. Wurde dies bereits berücksichtigt.

Die Frage kann durch die Verwaltung nicht beantwortet werden.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

5. Aufhebung von Beschlussfassungen zu
 Gewässerunterhaltungskosten
 Vorlage: DS0463/22
-

Herr Keller macht kurze Ausführungen zur Zwischeninformation des Rechtsamtes.

Herr Meister stellt den Geschäftsordnungsantrag die Drucksache auf die nächste Sitzung des Ausschusses zu vertagen.

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

6. Barrierefreier Livestream der Stadtratssitzungen
Vorlage: DS0488/22

Herr Grimm, BOB, bringt die Drucksache ein. Die Verwaltung favorisiert die Schriftdolmetschervariante.

Herr Mewes fragt nach, ob dann auch das entsprechende Personal zur Verfügung steht.

Herr Grimm informiert, dass die Stadt einen Vertrag schließen würde. Demzufolge steht dann auch das Personal zur Verfügung.

Herr Belas hält den Kompromissvorschlag der Verwaltung für gut. Er geht in die richtige Richtung.

Herr Zander wird aufgrund der Haushaltslage der Drucksache nicht zustimmen. Für Kinder ist kein Geld da, aber hierfür schon.

Herr Kohl kann keiner Variante seine Zustimmung geben. Ihm reicht die Funktion Youtube.

Herr Rohne fragt nach, ob sich mehrere Dolmetscher abwechseln.

Herr Grimm bejaht diese Frage.

Herr Sterz hält die Variante 2 für die optimalste Lösung. Es muss für Barrierefreiheit auf allen Feldern gesorgt werden. Gab es einen Austausch mit anderen Städten.

Herr Grimm informiert, dass es einen Austausch mit anderen Städten gab. Die Stadt Erfurt hat die Sache aufgrund der Haushaltslage wieder eingestellt. In Potsdam erfolgt die Sache auf Antrag der Stadträte (10 Tage vor der Sitzung). Er weiß auch nicht wie das geht. Magdeburg benötigt mehrere Wochen Vorlauf. Die Städte Braunschweig, Halle und Dessau haben es nicht.

Herr Mewes findet die Variante 2 auch für gut. Die erste Beratung im Ausschuss hierzu hat ergeben, die Sache als Projekt für einen bestimmten Zeitraum auszuschreiben. Wieviel Betroffene würden dies nutzen.

Herr Grimm äußert, dass der zu schließende Vertrag befristet geschlossen wird. Daher ist ein Projekt sicherlich möglich. Die Benutzerzahlen kann er nicht genau sagen.

Herr Minkner spricht sich gegen die Youtube-Variante aus. Die Variante ist sehr unbefriedigend. Entweder ganz oder gar nicht.

Herr Mewes schlägt vor, dass der Ausschuss einen Änderungsantrag stellt, in dem die Variante 2 favorisiert wird und eine zeitliche Begrenzung auf ein ¼ Jahr erfolgt. Danach erfolgt eine nochmalige Prüfung.

Herr Meister ist der Meinung, dass nach einem Jahr evaluiert werden soll.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:

4 Ja-Stimmen
 1 Nein-Stimme
 1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis zur geänderten Drucksache:

4 Ja-Stimmen
 2 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

7. MelderApp
 Vorlage: A0113/22

Frau Kirstner, Amt 12, bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Sie legt dar, dass die Stadt auch warten kann, bis das Land eine App erstellt hat.

Herr Belas findet eine bundesweite App für gut, aber die Entscheidung fällt schwer, da keiner weiß, was für Kosten entstehen.

Herr Zander hält den Antrag für nicht schlecht, aber ohne Nennung der Kosten ist die Entscheidung schwer. Es muss was geschaffen werden, was gut funktioniert und nicht etwas, wo ständig nachgebessert werden muss.

Variante 3 macht schon Sinn, so **Herr Meister**. Der KRB-Ausschuss sollte einen Änderungsantrag stellen, in dem die Option 3 favorisiert wird.

Herr Mewes vertritt die Auffassung, dass die Stadt auf das Land warten sollte.

Herr Belas stellt den von Herrn Meister vorgeschlagenen Änderungsantrag zur Abstimmung.

„Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten spricht sich für die von der Verwaltung in der Stellungnahme S0284/22 vorgeschlagenen Option 3 aus.“

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zum Antrag in geänderter Form:

5 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

7.1. MelderApp
Vorlage: S0284/22

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Den ÖPNV in Magdeburg erfolgreich in die Zukunft führen
Vorlage: A0120/22

Von der einbringenden Fraktion zurückgezogen!

8.1. Den ÖPNV in Magdeburg erfolgreich in die Zukunft führen
Vorlage: S0277/22

Zurückgezogen!

9. Mobiler Hochwasserschutz für Magdeburg – EU-Förderung für
AquaWand nutzen
Vorlage: A0151/22

Herr Stiele bringt den Antrag ein.

Herr Seitter, Amt 37, macht Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung. Die Hochwasserschutzmaßnahmen in der Stadt sind noch nicht abgeschlossen. Sie werden ständig fortgeführt.

Herr Sterz befindet die Stellungnahme der Verwaltung für gut. Er findet die Systemrecherche durch die Verwaltung für gut. Er möchte von der Verwaltung mehrere Vorschläge, wonach dann entschieden und ins Vergabeverfahren gegangen werden kann.

Herr Meister fragt zum Stand in der Faulmannstraße nach.

Herr Seitter informiert, dass dort zur Zeit mobile Maßnahmen erfolgen. Es werden Sandsäcke verbaut. Ein mobiles System wurde aufgrund der Haushaltslage bislang noch nicht angeschafft. Im Haushaltsplan 2023 ist die Anschaffung eines mobilen Systemes für 200 m eingeplant.

Herr Meister fragt nach, ob die 200 m reichen und was kosten diese.

Herr Seitter erläutert, dass die 200 m nicht ausreichen. Benötigt werden ca. 1000 m. Man sollte die 200 m als Test betrachten. Die Kosten belaufen sich auf ca. 55 TEUR.

Abstimmungsergebnis:

0 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

- 9.1. Mobiler Hochwasserschutz für Magdeburg – EU-Förderung für AquaWand nutzen
Vorlage: S0322/22
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

10. Spiel- und Freizeitfläche für Ostelbien
Vorlage: A0175/22
-

Herr Meister fragt nach, warum sich der Ausschuss mit der Sache beschäftigt.

Herr Mewes versteht es auch nicht. Entweder der Ausschuss beschäftigt sich mit allem oder nur mit den rechtlich relevanten Dingen. Er möchte, dass der Antrag mit in das Spielplatzkonzept einfließt.

Herr Kohl würde im Interesse der Bürger und Jugendlichen dem Antrag zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

- 10.1. Spiel- und Freizeitfläche für Ostelbien
Vorlage: S0313/22
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

11. Verschiedenes
-

Frau Bode, FB 32, dass den Stadtrat nicht über den Antrag A0167/22 beschließen kann, da es sich hier um den übertragenen Wirkungsbereich handelt. Sie macht Ausführungen zur Sache an sich. Die Oberbürgermeisterin kann die üblichen Öffnungszeiten des Standesamtes festlegen. Es werden ca. 25 TEUR jährlich für die Samstage eingenommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Norman Belas
Vorsitzender

gez. Britta Becker
Schriftführerin